

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schöne neue Daten-Welt

Das ist bemerkenswert: Amerikanische Weltunternehmen stellen sich gegen die Sicherheitsbehörden ihres Landes. Sie wollen die Daten ihrer Nutzer schützen und weigern sich, technische Vorkehrungen für staatliche Ausforschungen zu treffen. Dabei muss jedoch klar sein: Die rechtsstaatliche Anordnung, in einem Strafverfahren zur Aufklärung beizutragen, ist zu befolgen. Hier unterscheidet sich die Durchsuchung einer Wohnung nicht von der eines Geräts. Etwas anderes ist freilich die Erwartung einer Behörde, ein Unternehmen müsse einen erleichterten Zugriff auf alle Nutzerdaten ermöglichen. Hier merkt man nun doch, dass Konzerne wie Apple und Google nicht nur im Silicon Valley und in Amerika, sondern in der Welt zu Hause sind. Und dort gibt es neben anti-amerikanischen Vorbehalten eben auch berechtigte Bedenken. Datenschutz spielt zwar im Alltagsverhalten vieler junger Nutzer scheinbar keine große Rolle – aber es geht um Grundrechte. Und Amerika gilt für Europäer nicht ohne weiteres als sicherer Hafen für persönliche Daten. Diese Botschaft ist angekommen. Mü.

Schmutzkampagne

Die polnische Rechte tut, was sie kann, um den guten Namen ihres Landes in den Schutz zu ziehen. Die Kampagne gegen Lech Walesa zeigt, dass sie dabei vor keiner Niedertracht zurückschreckt. Was auch immer Walesa unterschrieben hat, als er nach den gewaltsam niedergeschlagenen Streiks vom Dezember 1970 als junger Arbeiter in die Fänge der damals allmächtig scheinenden kommunistischen Staatssicherheit geraten war – er hat in seinem weiteren Leben mit Prinzipientreue und politischem Instinkt so viel wie kaum ein anderer zum Ende der Diktatur beigetragen. In den achtziger Jahren wäre ein wirksamer Schlag gegen Walesas Integrität tödlich für Kraft und Moral der Solidarność gewesen. Die Machthaber wussten das und haben deshalb auf vielerlei Weise versucht, ihn zu kompromittieren. Hätten sie wirklich etwas gegen Walesa in der Hand gehabt, hätten sie das genutzt. Wenn heute jemand ernsthaft Mutmaßungen anstellt, Walesa sei eine Marionette der Geheimdienste gewesen, sagt das nichts über den Solidarność-Führer, dafür aber viel über den Charakter dessen, der so etwas sagt. rve.

Die Logik der Rüstung

Die deutsche Debatte über Rüstungsexporte hat sich schon immer durch eine gewisse Immunität für logisches Denken ausgezeichnet. Da hat sich also der Wirtschaftsminister, als er ins Amt kam, vorgenommen, die Zahl der Ausfuhren deutlich zu verringern. Der Wirtschaftsminister? Ist es nicht dessen vornehmste Pflicht, Exporte zu steigern? Und geht es in Rüstungsfragen nicht eigentlich um Außen- und Sicherheitspolitik? Ist dem Weltfrieden, dem jede Bundesregierung dient, wirklich mit einer quantitativen Begrenzung gedient? Wäre die Lieferung von Tausenden Sturmgewehren an, sagen wir: Kanada wirklich das Gleiche wie die Lieferung desselben Geräts an eine kriegführende Partei? Kann Letzteres nicht sogar strategisch ratsam sein, siehe Kurden? Würde auch nur ein einziger Konflikt entschärft, könnte Deutschland seine Interessen besser wahrnehmen, wenn sein Anteil am globalen Rüstungsmarkt von anderen übernommen würde? Wahrscheinlich kennt Sigmar Gabriel die Antworten auf diese Fragen. Und genau deshalb sind die deutschen Rüstungsexporte im vergangenen Jahr nicht gesunken. nbu.

In der Hölle von Verdun

Wie Generalstabschef Falkenhayn eine Entscheidung im Krieg gegen Frankreich erzwingen wollte / Von Rainer Blasius

Wie ließ sich der schreckliche Stellungskrieg an der Westfront doch noch gewinnen? Vor diesem Problem stand Erich Falkenhayn. Der 1861 geborene Ostpreuße, Chef des Großen Generalstabs des Feldheeres, hatte – so stellte er es in seinen Memoiren dar – in den Weihnachtstagen 1915 eine Denkschrift über eine Operation bei Verdun ausgearbeitet und Kaiser Wilhelm II. vorgelesen: Das „Unternehmen Gericht“ war demnach von Anfang an als eine Art Ermattungs-schlacht angelegt, um den Gegner an einer zentralen Stelle seines Festungssystems „weißbluten“ zu lassen.

Der deutsche Angriff der 5. Armee unter dem Kommando des 1882 geborenen Kronprinzen Wilhelm war ursprünglich für den 12. Februar 1916 geplant. Wäre er an jenem Tag „erfolgt, hätte er vermutlich Erfolg gehabt. Die Franzosen wurden vom schlechten Wetter gerettet; das verschaffte ihnen eine Atempause, und die wussten sie zu nutzen“, meint das Historiker-Duo Gerd Krumeich und Antoine Prost in ihrer deutsch-französischen Gemeinschaftspublikation über Verdun.

Beide gehen davon aus, dass es Falkenhayns Weihnachtsdenkschrift nicht gegeben habe. Statt des in der Rückschau behaupteten Ziels vom „Weißbluten“ habe der Generalstabschef vielmehr die längst überfällige Entscheidung im Westen angestrebt. Am 21. Februar 1916 begann um 7.15 Uhr das deutsche Artilleriefeuer. 1200 Geschütze beschossen bis 17 Uhr systematisch die französischen Verteidigungsstellungen. Nachdem mehr als zwei Millionen Granaten verschossen worden waren, versuchten die deutschen Truppen, französische Stellungen am Ostufer der Maas zu stürmen. Am 25. Februar bezwangen Soldaten eines Regiments aus Neuruppin ei-

nes der beiden Hauptforts, Douaumont. Die Einnahme des anderen, Fort Vaux, zog sich bis zum 7. Juni hin. Das Kaiserreich war wie elektrisiert über den Erfolg von Douaumont, das laut Krumeich und Prost „eher bewacht als verteidigt“ wurde „von rund fünfzig Landwehrsoldaten, die unter dem Befehl eines Feldwebels standen“. Die französische Propaganda redete den Verlust klein, obwohl die Deutschen nun Proviant, Munition und militärische Stäbe sicher unterbringen konnten.

Erst am 6. März 1916 bezog Falkenhayn das Westufer der Maas in den Angriff ein. Erbitterte Kämpfe gab es um die Gelände-

Wegmarken der Geschichte 1916

Am 21. Februar begann der deutsche Angriff auf die Festung Verdun.

punkte „Höhe 304“ und „Toter Mann“. Weiter als bis vier Kilometer vor Verdun kamen des Kaisers Truppen nie. Daher konnte Falkenhayn seinem „Hauptfeind“ Großbritannien nicht den „Festlanddegen“ Frankreich aus der Hand schlagen. Zudem vermochte er sich beim Kaiser nicht mit seiner Forderung nach einem unbeschränkten U-Boot-Krieg gegen England durchzusetzen. Infolgedessen trug er sich vorübergehend mit Rücktrittsgedanken, fand allerdings Ende Mai bei Verdun „alles normal“ und nahm die enormen Verluste „leicht in Kauf“, wie sein Biograph Holger Afllerbach konstatiert. Und: „Mit dem zynischen Argument, die Franzosen ‚durch Blutzapfung zur Besinnung‘ bringen zu wollen, bemäntelte Fal-

kenhayn vor anderen und sich selbst, dass das ursprünglich anders geplante Unternehmen ein Fehlschlag war.“

Unter dem Eindruck der russischen Brussilow-Offensive von Anfang Juni gegen österreichisch-ungarische Truppen im Osten sowie der seit Anfang Juli durch massiven britischen Einsatz bedrohlichen Sommeschlacht im Westen befahl Falkenhayn am 11. Juli der deutschen 5. Armee vor Verdun „strikte Defensiv“. In der durch den Kriegseintritt Rumäniens vom 27. August 1916 verschärften Krise entschloss sich der Kaiser am 29. August 1916 zur Abberufung Falkenhayns, so dass die 3. Oberste Heeresleitung mit Paul von Hindenburg und Erich Ludendorff an der Spitze zum Zuge kam.

Zu diesem Zeitpunkt betrogen nach einem Sanitätsbericht der 5. Armee deren Verluste 350 000 Mann, darunter etwa 55 000 Tote. Auf französischer Seite waren es, so der Militärgeschichtler Michael Epkenhans, „an diesem Frontabschnitt bis Dezember mit zirka 378 000 Mann, darunter zirka 61 000 Gefallene, kaum weniger. Die Vermissten – zirka 27 000 deutsche und 101 000 französische Soldaten – sind in dieser ‚Rechnung‘ noch nicht enthalten.“ Dennoch stufte Falkenhayn gegenüber Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg Ende August 1916 das „Unternehmen Gericht“ als weitgehend geglückt ein. Sein Ziel sei gewesen, „einerseits Frankreich, wenn sich sein Heer vor die Festung stellte, durch kräftiges Ausbluten und, wenn die Festung aufgegeben wurde, durch innere Erschütterungen für den weiteren Kriegsverlauf möglichst lahmzulegen, andererseits England zum vorzeitigen Einsatz seiner gesamten Kräfte zu reizen. Beides ist gelungen, nicht so wie es gehofft wurde – das geschieht im Kriege fast nie –, aber doch in erträgli-

chem Maße.“ Zudem behauptete er dreist, Frankreich habe „eine Viertelmillion erprobter Soldaten mehr verloren als wir“.

Gerhard Ritter, selbst noch Offizier im Ersten Weltkrieg, meinte in seinem magistralen Werk „Staatskunst und Kriegshandwerk“, die „Selbstverteidigung“ Falkenhayns sei „keine nachträgliche Konstruktion“, das belege jene Weihnachtsdenkschrift von 1915. Diese ist allerdings im Original nicht überliefert, sondern lediglich durch Falkenhayns Memoiren. Hier ging es ihm vor allem darum, den eigenen Starrsinn zu verbrämen und sich des Vorwurfs zu erwehren, eine deutsche Division nach der anderen vor Verdun „ausgebrannt“ und „verheizt“ zu haben.

Bis Mitte Dezember 1916 wurden fast alle deutschen Geländegewinne des „Unternehmens Gericht“ durch die französische 2. Armee des Generals Robert Nivelle zurückerobert. „Verdun war kein Friedenssignal, sondern ein erster, folgenreicher Schritt hin zur Wirklichkeit des Vernichtungskrieges, wie er dann ab Juni 1914 in der Sowjetunion geführt werden sollte, und es tröstet wenig, dass mit Nivelle auf französischer Seite ein Mann das Heft in die Hand bekam, der ganz ähnlich dachte. Angefangen haben die Deutschen“, resümierte der 2010 verstorbene Kieler Historiker Michael Salewski. Und er ergänzte, dass die deutsche Öffentlichkeit das Scheitern der Großoffensive nicht nur Falkenhayn, sondern auch dem jungen Kronprinzen Wilhelm angelastet habe: „Der ging, ungeachtet seiner Bemühungen, sich um das Wohl seiner Soldaten in der Hölle der Schlacht doch irgendwie zu kümmern, als ‚Schlächter von Verdun‘ in das kollektive Gedächtnis der Nation ein, und das machte es ihm nach 1919 unmöglich, an eine monarchische Restauration zu denken.“



David CAMERON

Foto Getty

Wagemutig

Dass Europa zu seiner Schicksalsfrage werden sollte, hätten die wenigsten gedacht. Als David Cameron vor mehr als zehn Jahren an die Spitze der Konservativen rückte, waren die EU-Streitigkeiten aus der Regierungszeit John Majors nicht beigelegt, aber abgeklungen. Die Tories, seit 1997 in der Opposition, hatten sich geeinigt, dass Britannien nicht dem Euro beitreten würde, es blieb ein gewisses Gegrummel über die Fortentwicklung zur Politischen Union. In diese Stimmung hinein versprach Cameron unter dem Beifall der Partei, das lähmende „Palaver“ über die EU endgültig zu beenden.

Aber schon wenig später schlüpfte er in die Rolle des Einpeitschers. Er wehrte sich gegen den Lissabon-Vertrag, stellte zum ersten Mal eine Volksabstimmung in Aussicht und kündigte für den Fall eines Wahlsiegs an, seine Partei aus dem europäischen Fraktionsverbund der EVP zu führen. Das Erstarren der Anti-EU-Partei Ukip setzte ihn zusätzlich unter Druck, so dass er im Januar 2013, zur Mitte seiner ersten Amtszeit, ein „In-Out“-Referendum garantierte. Dessen Ausgang wird nun nicht nur entscheiden, ob Cameron seine zweite Amtszeit zu Ende bringt, sondern auch, ob er als großer Premieminister in die Geschichte eingeht oder als unglücklicher Zocker.

Dass Spieltrieb und Wagemut ehrenwerte Eigenschaften sein können, lernte Cameron schon als Kind. Sein Vater war ein vermögiger Börsenmakler, der mit Geld in Jersey und Panama-City jonglierte. In Oxford, wo Cameron nach Internatsjahren in Eton studierte, schloss er sich dem berühmten Bullingdon Club an, der hemungslos Elite mit Trinkgelagen und anderen Exzessen verbindet. Cameron beendet sein Politikstudium mit Bestnoten, drängte aber dorthin, wo es munter zugeht als in der Wissenschaft: in die Politik.

Schon mit 21 Jahren arbeitete er für die Konservative Partei, wo er bald Premierminister John Major vor dessen Unterhausauftreten beriet. Aus einem PR-Job gelang Cameron 2001 der Sprung ins Parlament. Von dort ging es so steil bergauf, dass manchen schwindlig wurde. In nur vier Jahren wurde er vom Hinterbänkler zum Parteichef. Schon damals begleitete ihn der Ruf eines taktischen Politikers. Mit einem „hohlen Osterei“ verglich ihn der „Guardian“, und selbst Parteifreunde fürchteten, dass das konservative Programm unter ihm zu einer „PR-Agenda“ mutieren würde.

Geschwindigkeit ist sein Bewegungsprinzip. Die Konzessionen an die Euroskeptiker am rechten Tory-Rand ermöglichten ihm sein liberales Hauptprojekt: die Partei in die ominöse Mitte der Gesellschaft zu führen, dorthin, wo angeblich die Wahlen gewonnen werden. Homoeh und Mindestlohn sind die Symbole dieses neuen „mitfühlenden Konservatismus“. Sollte Cameron das Referendum gewinnen und sich die Briten für einen Verbleib in der EU aussprechen, wird alles wie von langer Hand vorbereitet aussehen. Endet das Referendum hingegen mit einem „Brexit“, zöge dies wohl den „Cexit“ nach sich: Camerons ruhmlosen Ausstieg aus der Politik.

JOCHEN BUCHSTEINER

Hessen spart am Gymnasium

Widerstand gegen die Kürzung der Lehrerstunden in der Oberstufe / Von Matthias Trautsch

Die Lehrerstundenzuweisung ist eine komplizierte Sache. Es geht um Berechnungen, bei denen die fünfte Nachkommastelle zählt. Ein Hoheitsgebiet für Fachleute der Kultusverwaltung. Und doch haben sich in den vergangenen Monaten viele Mütter und Väter hessischer Gymnasiasten mit der Materie vertraut gemacht. Denn die Zahlen aus Wiesbaden verheißten ihnen nichts Gutes: Nach Meinung vieler Elternvertreter bedeuten sie so harte Einschnitte in der gymnasialen Oberstufe, dass die Zukunft des Abiturs gefährdet ist.

Die Kürzungen, daraus macht Kultusminister Alexander Lorz (CDU) keinen Hehl, entsprechen den bildungspolitischen Schwerpunkten der schwarz-grünen Landesregierung. Sie will die Ganztagschulen ausbauen, sie will mehr behinderte Kinder in den Regelschulen aufnehmen, und sie will Kindern von Arbeitsmigranten und Zuwanderern bessere Deutschkenntnisse vermitteln. Dafür werde zunächst die „demographische Rendite“ verwendet, sagt Lorz. Damit meint er die Lehrstellen, die aufgrund der in Hessen bislang sinkenden Schülerzahl frei werden. Andere Bundesländer sparten diese Stellen einfach ein. „Aber wir lassen sie im System“, sagt der Minister. Allerdings reiche das nicht aus, um die gesetzten Ziele von Inklusion, Ganztagsbetreuung und Integration zu erreichen. Deshalb müssten die Gymnasien einen „maßvollen“ Beitrag leisten.

Ob das von Lorz angelegte Maß gerecht ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Das vergangene Jahrzehnt war für die hessischen Gymnasien kein glückliches. Erst zwang ihnen die Landesregierung eine schlecht vorbereitete G8-Reform auf, dann wurde die Gymnasialzeitverkürzung ebenso übereilt zurückgenommen. Die Eltern unterer Klassen sollten selbst abstimmen, ob ihre Kinder in acht oder neun Jahren zum Abitur geführt werden – das löste in vielen Schulgemeinden Unruhe aus. Zuletzt hatte sich die Lage einigermaßen beruhigt, die Gymnasien freuten sich wie die anderen Schulformen, dass die Landesregierung ihr Wahlversprechen wahr machte und die Lehrerstundenzuweisung erhöhte. Nie zuvor war das hessische

Bildungswesen personell so gut ausgestattet wie im zurückliegenden Schuljahr.

Doch für die Gymnasien währte die Freude nur kurz. Als im vergangenen Frühjahr die Nachricht kam, dass in der Oberstufe über drei Schuljahre schrittweise gekürzt werde, meldete sich der Hessische Philologenverband „entsetzt“ zu Wort. „Offenbar sollen Inklusion und Ganztagschulen nunmehr zu Lasten der Gymnasien und der Gesamtschulen mit gymnasialer Oberstufe bezahlt werden“, sagte der damalige Vorsitzende Knud Ditt-



In Gefahr: Künftig wird es weniger Musik an hessischen Oberstufen geben. Foto Franziska Gilly

mann. „Dieser Landesregierung ist alles andere wichtiger als das Gymnasium und die Studierfähigkeit der Abiturienten.“

Harte Worte, denen Taten folgten. Der Philologenverband verließ unter Protest den Bildungsgipfel, auf dem Schwarz-Grün einen „Schulfrieden“ erreichen wollten. An der Haltung der Landesregierung änderte das nicht viel. Auch von Eltern- und Schülerprotesten, die im Sommer aufflamten, ließ sich Kultusminister Lorz wenig beeindruckt. Er zog sich auf den Standpunkt zurück, dass es sich rechne-

risch bis zu zwei Prozent handele. An den Gymnasien führt die angeblich geringfügige Reduzierung aber dazu, dass viele Angebote, die das Profil der Schulen ausmachen, weggelassen müssen.

So haben Lehrerverbände für Musik, Kunst und Darstellendes Spiel kürzlich gewarnt, dass selbst Schulen mit musischer Ausrichtung künftig keine Leistungskurse in Musik oder Kunst mehr anbieten könnten und dass Grundkurse zusammengelegt werden müssten, so dass sie an die 30 Schüler hätten. „Künstlerische Praxis

kürzlich vor, dass die Kürzungen je Schuljahr 14 Kursen entsprächen. Die Schule versuche, den dadurch entstehenden Schaden möglichst gering zu halten, also möglichst wenige Kurse ganz zu streichen. In Frage kämen zum Beispiel größere, jahrgangs- und schulübergreifende Kurse, Einschränkungen beim Sport, bei Arbeitsgemeinschaften und den Optionen, Kurse zu kombinieren.

Das alles sind freilich Aussichten, die Eltern wenig begeistern. In Frankfurt sind die Gymnasien die weitaus stärkste weiterführende Schulform. Zuletzt wechselten 56 Prozent der Grundschüler in den höchsten Bildungsgang. Darauf berufen sich die Eltern: Beim Protest für gute Gymnasialbildung gehe es nicht, wie vom Kultusministerium zwischen den Zeilen unterstellt, um die Bedürfnisse einer Elite, sondern um die der breiten Masse. Besonders groß ist die Unruhe in Schichten, die sich eigentlich der CDU verbunden fühlen. Dass gerade eine von der Union geführte Landesregierung an Gymnasien spart, enttäuscht sie. Lorz zeigte sich von der Heftigkeit des Protests anfangs überrascht. Er lud die Gymnasien in den vergangenen Monaten ein, einzeln in der Kultusverwaltung vorstellig zu werden und darzustellen, wie sich die vermeintlich marginalen Kürzungen an den jeweiligen Schulen auswirken. Ein Ergebnis dieser Gespräche ist bislang nicht bekannt. Ein Sprecher des Kultusministeriums sagt, es gebe „Überlegungen, wie wir Härten abfangen können“.

Unterdessen bereiten sich die Eltern auf weitere Aktionen vor. Offiziell fordern sie die Rücknahme der zu diesem Schuljahr vollzogenen ersten Kürzungsrunde, doch dass sich die Landesregierung darauf einlässt, glaubt kaum jemand so recht. Verhindert werden sollen aber die weiteren, für das nächste und übernächste Schuljahr geplanten Einschnitte. Für Anfang März ist ein „Protest-Fest“ geplant, mit dem fünf Frankfurter Gymnasien und der Stadt-Elternbeirat deutlich machen wollen, dass sich hier keine Minderheit gegen die übergeordneten, sozial wie moralisch wertvollen Ziele der Inklusion, Ganztagsbetreuung und Integration wende, sondern dass es sich um ein Anliegen handelt, das, wie es im Aufruf heißt, „aus der Mitte der Gesellschaft“ kommt.

An der Schillerschule, einem mittelgroßen Gymnasium im Frankfurter Stadtteil Sachsenhausen, rechnete der Oberstufenleiter der versammelten Elternschaft

Deutsche
Asset Management

Anleger können nur dann von den besten Fonds profitieren, wenn ihre Fondsgesellschaft in die besten Fondsmanager investiert.

SOLL IHR FONDSMANAGER NUR TITEL HALTEN ODER AUCH GEWINNEN?

Henning Gebhardt ist kurz-, mittel- und langfristig der erfolgreichste Fondsmanager für deutsche Aktien.¹ Wir schätzen uns glücklich, dass mit ihm zum zweiten Mal in Folge der Fondsmanager des Jahres aus dem Team der DWS kommt. Und wir sind uns sicher, dass er als unser globaler Aktienchef mit seiner exzellenten Expertise auch unseren Anlegern weiter Freude machen wird.

GELDANLAGE NEU DENKEN

www.DWS.de/neudenken

GELD GEHÖRT ZUR NR. 1

DWS
INVESTMENTS

FONDSMANAGER
DES JAHRES
2016
euro
BÖRSE
KONSTANZ

¹Die DWS/DB AWM Gruppe ist nach verwaltetem Fondsvermögen der größte deutsche Anbieter von Wertpapier-Publikumsfonds. Quelle: BVI, Stand: Ende November 2015. ²Quelle: Euro 02/16.